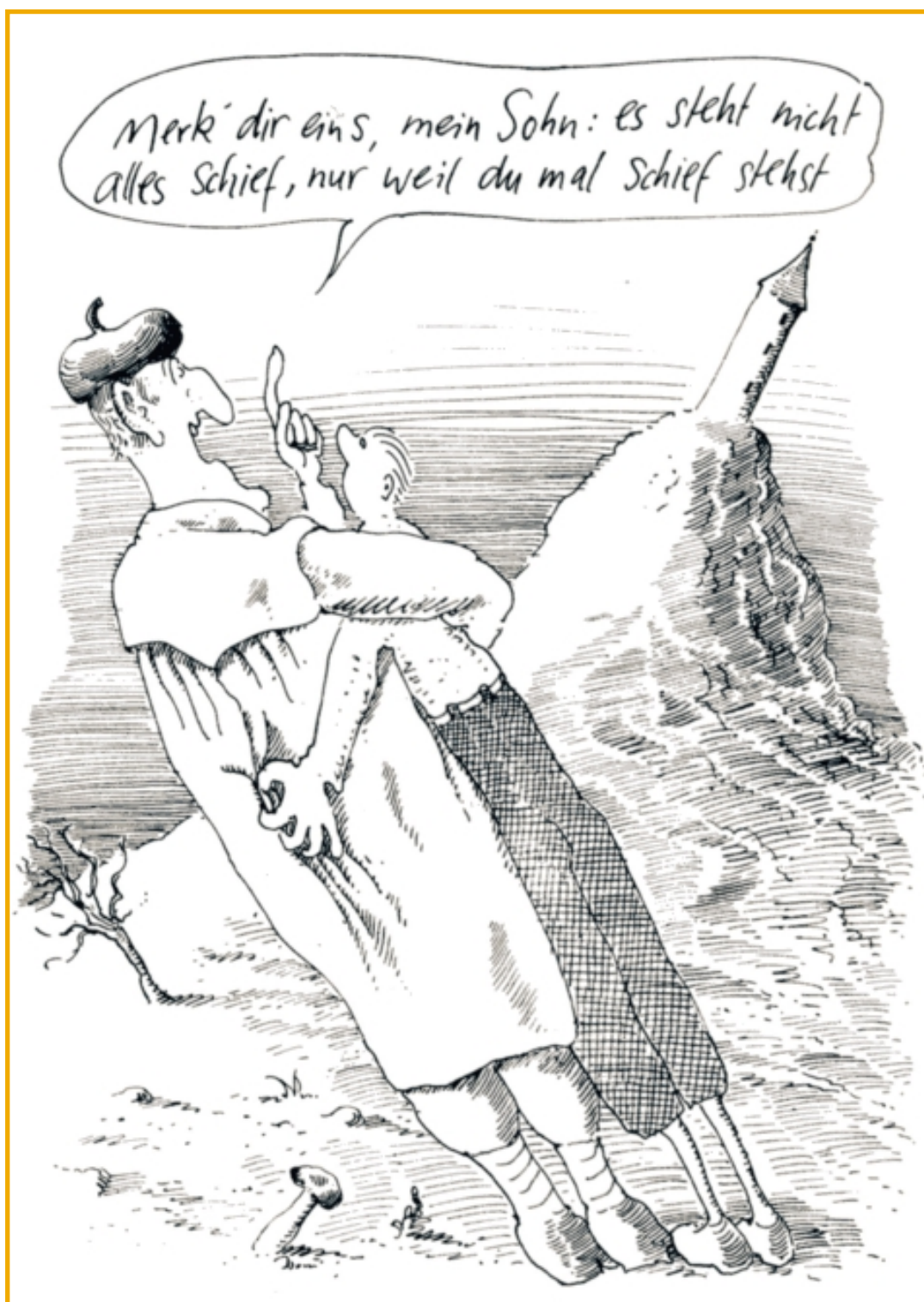


LandesElternBeirat

Rheinland-Pfalz

Heft 2/2008 April / Juni 2008



Robert Gernhardt

Tatsachen oder Vorurteile?

„Vorurteile“ lautet das Schwerpunktthema unseres Magazins.

Vorurteile haben wir alle. Vorurteile sind zu Überzeugung geronnene Erfahrung und haben sich bei schnellen Entscheidungen in unübersichtlichen Situationen als äußerst hilfreich bewährt. Häufig aber verhindern Vorurteile, dass Menschen über den eigenen Tellerrand hinausblicken und sich auf neue Anforderungen einlassen. Dann werden vermeintlich einfache Lösungen bevorzugt. Mit einigen dieser Vorurteile möchten wir in diesem Heft aufräumen:

- „Es fehlt an Geld für Bildung“, oder
- „Leistungshomogene Klassen bringen bessere Leistungen hervor“ und
- „Eltern verweigern sich der Schule, sind nicht genügend leistungsbereit“.

Der Landeselternbeirat hält nicht viel von solchen Vorurteilen. Wir möchten unsere Leser dazu ermutigen, die Enge dieser Denkmuster zu verlassen. Zu oft schon haben sich vermeintlich einfache Wahrheiten später als Irrtum herausgestellt.

Was im Mittelalter die mit Inbrunst geäußerte Überzeugung war:

- „Die Welt ist eine Scheibe“, dem entsprach in gleicher Weise die Aussage des Leiters des amerikanischen Patent-Amtes im Jahr 1885:
- „Das Amt kann abgeschafft werden, da schon alle wesentlichen Dinge erfunden worden sind“.

Die nachfolgende kleine Erzählung aus dem Zen-Buddhismus gibt Gelegenheit zum Nachdenken:

„Ein alter Zen-Meister, bei dem nur noch ein Mönch lebte, züchtete Pferde.



Eines Tages lief sein wertvollster Hengst davon. Die Nachbarn kamen, um ihr Bedauern auszudrücken, doch der Zen-Meister sagte nur: „Woher wisst Ihr, dass dies ein Unglück ist?“ Am nächsten Tag kam der Hengst, begleitet von einigen Wildpferden, zurück und die Nachbarn kamen wieder, um zu dem Glücksfall zu gratulieren, doch der Zen-Meister sagte nur: „Woher wisst Ihr, dass dies ein Glücksfall ist?“ Am nächsten Tag wurde der Mönch bei dem Versuch, eines der Wildpferde zuzureiten, abgeworfen und brach sich ein Bein.

Wieder kamen die Nachbarn, um ihr Mitleid zu bekunden, doch der Zen-Meister sagte nur: „Woher wisst Ihr, dass dies ein Unglück ist?“ Kurz darauf kam es zu kriegerischen Auseinandersetzungen, doch da der Mönch verletzt war, wurde er nicht als Soldat einberufen. Doch wer weiß schon, ob dies ein Glücksfall ist?

Michael Esser

Impressum

Herausgeber

Landeselternbeirat Rheinland-Pfalz

Redaktion

Michael Esser (verantwortl.)

Geschäftsstelle

Mittlere Bleiche 61
55116 Mainz
Telefon 061 31- 16 29 26
Fax 061 31- 16 29 27
<http://leb.bildung-rp.de>
Email: leb@mbwjk.rlp.de

Elternarbeit in Rheinland-Pfalz erscheint vierteljährlich und wird allen Schulleitungen über die Schulleitungen zugestellt. Auflage: 32.000 Stück
Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 11.04.2008

Landeselternsprecher

Landeselternsprecher

Michael Esser, Wasserhohl 33,
67098 Bad Dürkheim, Tel.: 06322-958170
Email: michael.esser.duew@t-online.de

Stellvertretende

Landeselternsprecher

Gabriele Weindel-Güdemann, Verdistr. 33
67346 Speyer, Tel.: 06232 - 43393
E-mail: gabwg@t-online.de

Ralf Quirbach, Lindenallee 18,

56077 Koblenz, Tel.: 0261 - 77 993

Email: ralf.quirbach@gmx.de

Beisitzer

Wolfgang Harsch, Mathias Kleine,
Rudolf Merod, Dr. Volker Schliephake,
Christa Schweitzer-Weiland

Regionalelternsprecher

Koblenz

Andrea Held, Malteserstr. 12,
55566 Bad Sobernheim, Tel.: 06751-6500
Email: mail@held-andrea.de

Neustadt

Bernd Lohrum, Blumenstr. 25,
66482 Zweibrücken, Tel.: 06332-12727
E-mail: bernd@lohrum.net

Trier

Miriam Lörz, Geschwister-Scholl-Str. 7
54295 Trier, Tel.: 0651-170 72 81
Email: mi-ge-lo@t-online.de

Aus dem Inhalt:

Vorurteil

Für mehr Lehrer haben wir kein Geld Seite 4

Aus falschen Gründen wertgeschätzt

Familie - Grundpfeiler des Staates Seite 6

Interview

Evaluation und Qualitätssicherung Seite 10

Termine

Landeselternntag, Elternuni, Elternfortbildung Seite 15

Guter Unterricht ist anders

oder: Ohne Respekt vor dem Schüler kann es keine neue Unterrichtskultur geben

„Sagt, ist noch ein Land außer Deutschland, wo man die Nase eher rümpfen lernt als putzen?“

Dieses Zitat des Schriftstellers Georg Christoph Lichtenberg (1742 – 1799) trifft die Lebenswirklichkeit an unseren Schulen. Viele Lehrer interessieren sich zu oft für die Fehler ihrer Schüler, aber nicht, damit diese daraus lernen, sondern um sie ihnen vorzuhalten.

Wenn man wie ich mit drei Kindern die Schule erleben durfte (der Älteste hat sie bereits mit dem Abitur verlassen), verfügt man über einen gehörigen Fundus an Zitaten, die Unterrichts Atmosphäre und Umgangston als oftmals beschämend empfinden lassen. „Schon wieder der gleiche Fehler“, „Habe ich das nicht schon tausendmal gesagt?“, „Ich bin doch nicht dein Nachhilfelehrer“, „Sieh im Buch nach, wer lesen kann ist klar im Vorteil“ und viele ähnliche despektierliche, ja kränkende Bemerkungen. Auf solche demütigenden Äußerungen reagieren Schüler natürlich enorm sensibel, ziehen sich in sich selbst zurück oder gehen in Opposition. In beiden Fällen sind sie aber zumindest für den Unterricht in diesem Fach und bei diesem Lehrer „verloren“.

Beschämung schmerzt, hinterlässt Narben, grenzt aus. Gymnasiasten blicken herablassend auf Hauptschüler, Kinder, die eine Förderschule besuchen, werden als minderwertig beleidigt.

Die PISA-Spitzenreiter aus Skandinavien haben uns auch in diesem Punkt einiges voraus. In Finnland gehört es zum höchsten Erziehungsziel, Kinder nie zu beschämen. Bei uns hat man das Gefühl, man lauere eher darauf, Anlässe zum Abkanzeln und Erniedrigen zu finden (und das nicht nur in der Schule), als herauszukitzeln, was an Talenten im Einzelnen steckt, denn, um noch einmal Lichtenberg zu zitieren: „Jedermann ist einmal im Jahr ein Genie“.

Warum aber ist das so in unseren Klassen? Ich denke mal, dass ein Grundproblem in dem traditionellen Lernmodell begründet ist. Der Unterricht läuft vielfach eher schematisch ab: Hausaufgaben werden präsentiert, eventuell kurz besprochen. Es geht weiter mit einem neuen Thema; kurze Einführung, nach Möglichkeit im Gespräch, jedoch nach einem feststehenden Plan; dann folgen Übungsaufgaben und zum Schluss die Hausaufgaben. So lernten dies bisher die Referendare (und alle „aktiven“ Lehrer), beschrieben wird es als „fragend entwickelnder Unterricht“. Das Ziel fest im Auge behaltend, erwartet der Lehrer, dass die Schüler ihm auf seinem Weg folgen. Nach etwa der Hälfte der Unterrichtsstunde hat man

meist das gesteckte Ziel erreicht, man hat „gemeinsam etwas herausgefunden“. Der Lehrer ist zufrieden, die Schüler kamen sich wie an der Voltigierleine geführt vor. Hurra, wir haben was gelernt!

Wer nicht mitkommt, wird aussortiert. Individuelle Förderung (niedergeschrieben im § 10 des rheinland-pfälzischen Schulgesetzes) findet kaum statt. Das ordentliche Aussortieren mit den Mitteln der allen Eltern bekannten Leistungsbewertungen bildet den Kern dieses Lernmodells. Ziel ist es, eine homogene Lerngruppe herzustellen, denn die Heterogenität unserer Klassen verhin-dere ja schließlich eine stärkere individuelle Betreuung. Denn gutes Lernen, so die dahinter verborgene Philosophie, funktioniert nur mit Schülern, die die gleichen Lernvoraussetzungen und das gleiche Lernziel haben. Deshalb: Die Lernschwachen müssen die Klassen verlassen. Hier passt dann ein weiteres Zitat von Lichtenberg: „Dass die Philosophie eine Frau ist, merkt man daran, dass sie gewöhnlich an den Haaren herbeigezogen ist“.

PISA hat gezeigt, dass Länder, die mit alternativen und kreativen Lernmethoden arbeiten, am besten abschnitten, obwohl hier nicht aussortiert wurde, keine Schüler sitzen bleiben und manchmal erst in den achten oder neunten Klassen mit der Notengebung begonnen wird.

Würden Schulen gezwungen, ihre Sitzbleiberquote auf ihrer Homepage zu veröffentlichen, bekämen manche „Lehranstalten“ erhebliche Probleme, denn eine hohe Quote ist kein Qualitätsmerkmal, sondern ein Hinweis darauf, dass die Schule nicht in der Lage ist, ihre schwächeren Schüler entsprechend zu fördern. Dass in einem solchen Fall die Anmeldezahlen rapide sinken würden, versteht sich von selbst.

Um überhaupt zu einer sinnvollen Förderung zu kommen, müssen Lehrer die Lernschwächen ihrer Schüler aber auch kennen. Viele Eltern können jedoch von falschen Einschätzungen ein garstiges Lied singen, da Lehrer über die individuellen Defizite ihrer Schüler viel zu wenig wissen. Zusatzuntersuchungen zu PISA lieferten dazu erschreckende Ergebnisse. Deshalb muss nicht nur über innere oder äußere Differenzierung sondern auch über diagnostische und methodische Kompetenz der Unterrichtenden diskutiert werden. Lehrerfortbildung muss diesem Bedarf entsprechen und Lehrkräfte sowie Schulen müssen die Fortbildungsangebote nutzen.



Die Bedeutung der fachwissenschaftlichen Kompetenz eines Lehrers wird zu sehr überschätzt. Natürlich haben ein Mathelehrer oder eine Erdkundelehrerin ihren Unterrichtsstoff zu beherrschen. Es müssen aber nicht wiedergeborene Einsteins vor der Klasse stehen, ein guter Lehrer hat nicht zwingend die neuesten Theorien seines Fachs zu kennen. Aber von der Didaktik seines Faches muss er viel verstehen.

Lehrer sind keine Zauberkünstler, sie müssen den Lehrerberuf auch nicht quasi mit der Muttermilch aufgenommen haben. Eine gute Unterrichtsstunde zu halten ist wie das Arbeiten in einem handwerklichen Beruf: Auch hier kann man immer weiter dazulernen. Um jedoch zu wissen, was falsch läuft, müssen die Türen der Klassenzimmer geöffnet werden, darf der Unterricht nicht weiter zur Tabuzone erklärt werden. Aber nicht nur der fachliche Austausch mit anderen Kollegen ist hier ein geeignetes Mittel, auch Rückmeldungen von Schülern sind als Diagnoseinstrument für eine moderne Schule durchaus angemessen.

Ein besserer Unterricht ist jederzeit und überall möglich – auch ohne sich ständig wiederholende plakative Forderungen wie der nach einer Änderung der Rahmenbedingungen. Den eigenen Unterricht verbessert jeder Lehrer für sich alleine, denn auf nichts haben sie so viel Einfluss wie auf ihr eigenes Tun. Dieser Einfluss sollte genutzt werden.

Ein letztes Mal möchte ich Georg Christoph Lichtenberg zitieren: „Ich kann freilich nicht sagen, ob es besser werden wird, wenn es anders wird; aber soviel kann ich sagen: es muss anders werden, wenn es gut werden soll!“

Aus Sicht der Eltern und auf die Schule bezogen, ist dem nichts hinzuzufügen.

Ralf Quirbach

„Für mehr Lehrer haben wir kein Geld“

heißt es häufig oder auch gerne „kleinere Klassen können wir uns momentan nicht leisten“. Wer das sagt, verweist gerne auf allerhöchste Autoritäten: „Eine Senkung der Klassenmesszahl bekommen wir vom Finanzminister niemals genehmigt“. Besonders zynisch (weil aus Volkesdienermund) klingt: „wollen sie etwa mehr Steuern zahlen?“

Gebetsmühlenartig werden diese Sätze vortragen, wenn es darum geht unser Schulsystem einigermaßen „wettbewerbsfähig“ zu halten. Gerade im Kontext mit Schule - und um mal „wirtschaftlich“ zu bleiben - , in dem Bereich unseres einzig ernst zu nehmenden „Standortfaktors“, nämlich der Ausbildung unserer Kindern, kann und darf dieser Satz nicht angewendet werden. Wenn überhaupt andersrum:

Wenn wir hierfür kein Geld haben, wofür dann?

Mal abgesehen, dass dies schon unterstellt, die These würde stimmen. Was meinen Sie? Haben wir wirklich kein zusätzliches Geld für Schule?

Dazu hilft uns vielleicht ein kurzer Blick in den Haushalt unseres Landes. (Kurz zur Begrifflichkeit: Solange in der Bundesrepublik in Zeiten der Globalisierung jedes Bundesland seine eigene Bildungspolitik macht, solange haben wir uns entschieden, unser Bundesland kurz als Land zu bezeichnen. Vergleiche in diesem Sektor finden dementsprechend mit den anderen Ländern, wie z.B. Dänemark, Frankreich, Spanien und Finnland, Bayern, usw. statt.)

Auf www.fm.rlp.de/Finanzen/Landeshaushalt/Haushalt_2007_2008/Haushaltsplan0708.asp werden wir fündig. Beginnen wir mit den „Bereinigten Ausgaben nach Einzelplänen“. Hier erhalten wir einen Überblick über die Verteilung unserer Steuergelder in die jeweiligen Ressorts. Erste große Überraschung: Das Ressort 09 (MBWJK) hat den größten Anteil im Land: 4,3 von 12,1 Milliarden Euro insgesamt. Das macht ein sattes Drittel.

„Chapeau!“ möchte man rufen, wären da nicht die Zweifel. Soviel Geld fließt schon in die Bildung? Bei 475.000 Schülern wären dies ja knapp 10.000 Euro pro Schüler und Jahr. Dies kann nicht sein, also rein in der Einzelplan des Ressorts 09: www.fm.rlp.de/Finanzen/Landeshaushalt/Haushalt_2007_2008/pdf_Haushalt_2007_2008/09.pdf

962 Seiten harren der Entdeckung und Erforschung.

Nachdem sich der geneigte Forscher durch Kapitel und Haushaltsgruppen so einigermaßen durchgearbeitet hat, kommt er oder sie doch zu einem sehr ernüchternden Ergebnis:

Nehmen wir mal die Personalaufwendungen. Im Ressort 09 sind dies immerhin 2,7 Milliarden, fast zwei Drittel des Gesamtetats. Diese Position wäre ja diejenige, die den Hebel bei der Forderung nach „mehr Lehrern“ bzw. „kleineren Klassen“ bildet, um die oben genannten Aussagen zu bestätigen. Also tiefer in den Haushalt:

Zum anderen wird sich dieses Verhältnis in der nächsten Zeit dramatisch verändern. Denn von den 34.000 aktiven Gehaltsempfängern sind 11.000 -fast ein Drittel- 55 Jahre und älter! Das ergibt mal so grob überschlagen gerechnet: 400 Millionen Euro wandern im gleichen Etat von der Aktiv (e Lehrer) auf die Passiv (e Lehrer) Seite. Das macht dann ein fast eins zu eins Verhältnis.

Hier ist doch wohl dringend ein Paradigmenwechsel angezeigt: Zum einen raus mit den Rentenlasten aus dem aktiven Bildungsetat. Zum zweiten: Wenn Beamtentum bei Lehrern, dann nur mit Bildung entsprechen-

Die Personalaufwendungen für die Schularten saldiert sich wie folgt:

Kapitel	Schulart	Personalaufwand
0917	Grundschule	379,5 Mio
0918	Hauptschule	104,2 Mio
0920	verbundene Haupt und Grundschulen	59,5 Mio
0921	Förderschulen	131,0 Mio
0922	Realschulen	168,2 Mio
0923	Gymnasien	357,9 Mio
0926	Integrierte Gesamtschulen	53,1 Mio
0927	Regionale Schulen	88,6 Mio
0930	Duale Oberschulen	13,1 Mio
Summe		1.355,1 Mio

Und da sind wir auf einmal nur noch bei der Hälfte der Personalaufwendungen des Ressorts. Wo ist der Rest? In den Universitäten? In der ADD? Im Philharmonischen Staatsorchester? Sicherlich auch, doch der größte Posten überhaupt erklärt sich im Kapitel 0920:

Hier befinden sich die sogenannten Allgemeinposten, diese stellen mit einem Budget von sage und schreibe 946,6 Millionen Euro den größten Einzelposten eines Kapitels dar. Und hier wiederum gehen satte 560 Millionen Euro in die Pensionen von Lehrern. Das sind 40% in Relation zu den Zahlungen an die aktiven Lehrer.

D.h. 2008 kostet das Personal, das für die Bildung unserer Kinder sorgt, pro Jahr und Schüler 2.853 Euro. UND 1.179 Euro zeitgleich die Versorgung der Inaktiven.

Hier stellt sich nun ernsthaft die Frage, ob das alles so richtig ist. Zum einen ist es fraglich, Rentenzahlungen als Bildungsausgaben zu betiteln. Hier zahlen unsere Kinder die politischen Fehler der Vergangenheit (statt Rücklagen zu bilden, werden die Ausgaben für Pensionen aus dem laufenden Haushalt gedeckt).

der Rücklagen für die Pensionen, oder vielleicht integrativ betrachtet deutlich effizienter: Kein Beamtentum, sondern Angestelltengehälter. In diesem Fall zahlt man dann aus dem laufenden Budget nur die Altersversorgung der aktiven Lehrer.

Zurück zum Ansatz: Gesetzt den Fall, es ist jetzt kein Geld da für mehr Lehrer, dann dürfte bei gleichbleibenden Bedingungen dieser Satz jedes Jahr lauter werden, bzw. das Budget für neue Lehrer immer kleiner, das der Pensionen immer größer.

Es muss aber jetzt gehandelt werden! Lassen sie uns doch mal rechnen:

Wie viele Lehrer brauchen mir mehr, wenn wir mal von einer wünschenswerten Unterrichtsversorgung von 108 % (statt strukturell 98%) ausgehen? Schnell gerechnet: 11% mehr Personalaufwand. Bereinigt um die Tatsache, dass jüngere Lehrer weniger verdienen als ältere, ein Mehraufwand um gut 120 Millionen Euro -oder in Relation zum Landeshaushalt- eine Erhöhung desselben um 1%. Oder eine Einsparung von 1% in jedem Kapitel. Der LEB ist gerne bereit aus seinem Etat 300,— Euro für mehr Bildung einzusparen.

Bei Subventionen stellt sich ja auch immer



Jessica Czogalla, Studentin

die Frage wofür? Die notwendige Summe für 11% mehr Lehrer entspricht der Zuschüsse im Ressort 08 „Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau“ für Landwirtschaft, Weinbau und Agrarstruktur.

Jetzt die noch verwegenerere Rechnung: Was kostet es unser Land, wenn die Klassenmesszahl (KMZ) von 30 auf 23 gesenkt wird? Dies ist eine sehr komplexe Berechnung mit reichlich unbekanntem Faktoren.

Die größte Unbekannte: Wie weit wollen einige Kommunalpolitiker ihr Kirchturmdenken noch treiben? Wie lange wird noch an pädagogisch sinnlosen einzügigen Schulen festgehalten?

Weitere Unbekannte: Welche Synergien entstehen aus der Realschule plus? Welche aus den Zusammenschlüssen zu IGSen?

Eins ist sicher: Die Einführung deutlich kleinerer Klassen wird nicht linear ein Drittel des Gesamtaufwandes mehr kosten Denn die durchschnittliche Klassengröße beträgt ja bereits schon 24,6 Schüler (allerdings mit

Spannbreite von 8 bis 31!) Sollten die Landkreise den Auftrag des Ministeriums zur Aufstellung eines Schulentwicklungsplanes intelligent nach den zukünftigen gesetzlichen Vorgaben umsetzen und dafür Sorge tragen, dass mindestens vierzügige Schulen mit 70 - 90 Kindern pro Zug entstehen, so ist von einem Mehraufwand von maximal weiteren 10% auszugehen. Und diese Rechnung hatten wir schon einmal.

Fazit:

- „Alters“lasten gehen erheblich auf Kosten der jetzigen Generation an Schülern.
- Diese Situation wird sich deutlich noch zuspitzen.
- Ein Paradigmenwechsel in der Lehrervergütung ist angezeigt.
- 108% Unterrichtsversorgung ist finanzierbar!
- Deutlich kleinere Klassen sind mit wenig Geld und viel guten Willen auf der Kommunalebene realisierbar.
- In jedem Fall sind die „Einsparpotentiale“ bei Einführung der Realschule Plus

direkt in die Lehrerversorgung zu investieren. Die nächsten Ziele sind 108% Versorgung UND Anweisung: Keine Grundschulklasse mit mehr als 25 Kindern.

Investitionen in die Bildung unserer Kinder sind Investitionen in die Zukunft unseres Landes, die sich mit Sicherheit bereits mittelfristig amortisieren und Rendite abwerfen werden. Hierzu gehört eine große Portion Weitsicht und eine noch größere Portion Mut. Beides wünschen wir den verantwortlichen Politikern im ausreichenden Maße!

Wer wirklich etwas will, der findet einen Weg, alle anderen finden Ausreden.

Mathias Kleine

Familie - Grundpfeiler des Staates –

Hoch belastet, ideologisch überfrachtet und viel zu oft aus falschen Gründen wertgeschätzt

Wir, die wir Kinder großziehen, werden oft gleichermaßen für Heil und Unheil unserer sozialen Gemeinschaft verantwortlich gemacht. Eltern müssen heute „Alleskönner“ sein. Wie sie diese Kompetenzen erwerben, bleibt ihnen weitestgehend selbst überlassen. Dabei ist unstrittig, dass viel zu viele Kinder unter ihren erziehungsschwachen Eltern leiden, übrigens nicht nur in sozial schwachen oder bildungsfernen Elternhäusern, sondern auch bei gut Situierten, die ihren Kindern jeden Wunsch erfüllen und vergessen, dass Grenzen setzen auch für kleine Prinzessinnen und Prinzen wichtig ist.

Das Ergebnis sind viel zu häufig nicht ausbildungsreife und nicht studierfähige Jugendliche - ein dicker Kostenfaktor für uns alle. Wie geht Schulpolitik mit diesen Problemen um? Regelmäßig schreibt uns die OECD ins Stammbuch, dass kein anderes Schulsystem so ungerecht ist wie das unsere, dass die frühe Verteilung von Kindern auf ein gegliedertes System diese Ungerechtigkeit verschärft. Trotzdem verteidigen es Politiker, Lehrer und Eltern beharrlich. Eine Strukturänderung alleine beantwortet diesbezügliche Fragen nicht. Zumal die inhaltliche Debatte derzeit konsequent vermieden wird. Auch Bildungsstandards greifen hier zu kurz. Finnische Schulen streben stattdessen danach, ihre SchülerInnen zu lebensfähigen Menschen auszubilden. Schulen könnten sich beispielsweise mit Fragen der gesunden Ernährung beschäftigen, Erziehungsfragen stellen und Kommunikationskompetenzen vermitteln sowie das Abwickeln von Bankgeschäften und die Vermeidung von Schuldenfällen z.B. durch Handyverträge oder ähnlichen lebensrelevanten Sachverhalten besprechen.

Unser Gemeinwesen vertritt jedoch eher die Auffassung, dass sich der „mündige Bürger“ quasi selbst vervielfältigt. So sind im Zweifelsfall die Eltern für Fehlverhalten bei Kindern und Jugendlichen verantwortlich. Also die Eltern, die den Umgang mit komplizierten Handy-Handbüchern aufgeben und sich die nötigen Erklärungen bei ihren Sprösslingen holen. Oder die Eltern, die mit dem Interpretieren von Inhaltsstoffen auf Lebensmittelverpackungen überfordert sind, weil sie kein Chemie- sondern nur ein Germanistikstudium absolviert haben. Der mündige Bürger ruhe in Frieden! Zu viel Wahlfreiheit ist eben auch nur eine moderne Form der Vernachlässigung.

Mythos von der „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“

Betriebe kommen ihren MitarbeiterInnen entgegen, ja. Die getroffenen Maßnahmen bewegen sich jedoch meist im Rahmen der „Arbeitszeitflexibilisierung“ und sind zusätzlich vom guten Willen der Vorgesetzten und der Duldung von Kolleginnen und Kollegen abhängig. Gleichzeitig werden Familienaufgaben immer noch als „Frauenaufgaben“ wahrgenommen. Dies gilt für berufstätige Mütter mit kleinen Kindern genauso wie für Frauen, die sich zuhause um die Versorgung älterer, pflegebedürftiger Personen kümmern müssen. Bei der Bewältigung dieser Aufgaben werden sie von Partnern und Betrieben weitestgehend alleine gelassen. Auch die Gesellschaft verlässt sich ganz auf sie. Sowohl die finanzielle Ausstattung der Pflegeversicherung, wie die Anzahl der angebotenen Plätze in Pflegeheimen genügen nur unter der Prämisse, dass ca. 1,5 Million Frauen die Pflege von Angehörigen zuhause leisten.

Führungspositionen in Halbtagsarbeitszeit? Eher geht ein Kamel durch ein Nadelöhr ... Die häufige Inanspruchnahme von familienfreundlichen Maßnahmen bedeutet für Führungskräfte i. d. R., dass ihre Leistungsbereitschaft angezweifelt wird. Ein Blick in die Führungsetagen deutscher Groß- und Mittelbetriebe stützt diese These. Frauen sind dort Mangelware. Obwohl sie – allen Expertenaussagen zufolge – dem Arbeitsklima, den Entscheidungsfindungsprozessen und dem Kompetenz-Mix zugute kämen. Väter verkneifen sich diese Aufgabenteilung mit Blick auf die eigene Karrierechance lieber doch und zwar trotz des Elterngeldes, das im Vergleich zur Vorgängerregelung aber überschätzt wird.

Betrifft uns alle: Integration und Bildung

Jeder 7. in Rheinland-Pfalz lebende Bürger hat einen Migrationshintergrund. 15% unserer Bürger zählen zu dieser Gruppe. Und sie wächst stark! Deshalb brauchen wir interkulturelle Kompetenzen wie nie zuvor, die z.B. in Schulen vermittelt und trainiert werden müssen. Nichts macht den Schulen jedoch derzeit mehr Probleme, wie der Umgang mit heterogenen Gruppen. Durch die gegliederte Schulstruktur werden die Probleme an den einzelnen Schularten unterschiedlich stark wahrgenommen. Die noch real existierenden Hauptschulen im städtischen Bereich müssen ganz andere Aufgaben stemmen als das Mädchengymnasium auf der Rheininsel. Zugegeben, ein polari-

sierendes Beispiel aber auch real existierend. Das System geht viel zu unflexibel auf diese gravierenden Unterschiede ein.

Wir erleben auch aus diesen Gründen derzeit eine explosionsartige Zunahme von privat gegründeten Schulen. Ihre Zuwachsrate liegt im zweistelligen Bereich. Es sollte uns bewusst sein, dass wir damit eine „gesunde Durchmischung“ der Schülerschaft gefährden. Die gesellschaftliche Schere wird weiter aufgehen, mit allen üblen Konsequenzen für unser Gemeinwesen.

In der öffentlichen Diskussion über das Thema „Migration“ wird eine weitestgehend defizitorientierte Perspektive eingenommen. Dabei können Menschen mit anderem kulturellen Hintergrund bereichernd für eine Gesellschaft sein, wenn man sich um deren Integration und Anerkennung bemüht.

Leider kategorisieren wir andere nahezu perfekt in „Randgruppen“. Ob die „mit einer anderen Muttersprache als Deutsch“ aufgewachsenen oder hier lebenden Personen, überrepräsentiert in „Förderschulen für Lernbehinderte“ oder jene mit gesundheitlichen Einschränkungen - das „Schubladendenken“ ist weit verbreitet. Wie schwierig es für Eltern von Kindern mit gesundheitlichen Einschränkungen ist, eine weiterführende Schule zu finden, an der ihr Kind die Förderung bekommt, die es tatsächlich braucht, können nur betroffene Eltern ermessen. Die Anstrengungen, die Rheinland-Pfalz auf diesem Gebiet macht, lassen hoffen, täuschen aber nicht über die tatsächlichen Befindlichkeiten hinweg.

Dabei wäre vieles einfacher, wenn wir uns so verhalten würden, wie es ein Vertreter der Mitbürger nichtdeutscher Herkunftssprache formuliert: „Nehmt uns so wahr, wie wir sind, und nicht nur als „Problemgruppe“, die gesondert behandelt, therapiert oder belehrt werden muss.“ Frei nach dem Motto: „Es ist normal, verschieden zu sein.“

„Familie“ als Zankapfel ideologischer Debatten

Paul Watzlawick sagte: „In der Wahl seiner Eltern kann man nicht vorsichtig genug sein.“ Da hat er Recht. Wenn man bedenkt, dass der Einfluss der Familie auf die Entwicklung von Kindern sich doppelt so stark auswirkt wie der von Institutionen, dann lässt sich leicht nachvollziehen, warum Politiker öffentliche Gelder gerne in den privaten Bereich fließen lassen. Dort wirken sie scheinbar effektiver.

Ein Kind kann sich jedoch nicht aussuchen, welche Eltern sich mehr oder weniger um sein Wohlergehen kümmern. Hier ist der Staat – also wir alle – gefordert. Denn wir alle profitieren von der Produktivität der jungen Generation. Wer Familien jedoch vorzugsweise durch die „demographische Brille“ beurteilt, ist mindestens auf einem Auge blind. Die Steigerung der Geburtenrate wird von allen politischen Parteien wirtschaftlich begründet bzw. zur Sicherung der Sozialsysteme herbeigeredet. Die rein ökonomische Betrachtungsweise jedoch missbraucht Familien und deren Leistungsfähigkeit.

Schon der Begriff „Familie“ reizt zur Diskussion. Dabei scheint immer noch nicht überall angekommen zu sein, dass nicht nur das „Vater-Mutter-Kind-Modell“ funktioniert. Zwar wachsen die meisten Kinder in solchen „Modell-Familien“ auf, viele andere leben jedoch gut in Patchwork-Familien oder verbindlichen Lebensgemeinschaften. Wenn die Partner Verantwortung füreinander und für Kinder oder Pflegebedürftige übernehmen, dann kann daran nichts Falsches sein. Ist nicht dies die Erwartung, die wir an Familien stellen? Und umgekehrt versagen viele der „Vater-Mutter-Kind-Modelle“. Wir sollten dankbar sein für jedes Familien-Modell, dass es Kindern erlaubt fröhlich, glücklich, behütet und verantwortungsbewusst erzo-gen heranzuwachsen.

Familien werden gegeneinander ausgespielt: nämlich solche, die ihre Kinder zuhause erziehen gegen jene, deren Kinder institutionell betreut werden. Solche Diskussionen sind fadenscheinig und schädlich. Sie dienen mehr der politischen Profilierung derer, die sie befeuern als den Eltern, die Unterstützung benötigen. Wir brauchen nicht das eine oder das andere sondern beide Betreuungsformen. Weder sind Mütter, die arbeiten gehen, die Besseren, noch diejenigen, die ihr Kind zuhause betreuen, die Schlechteren – und umgekehrt. Schlimm, wenn Betroffene in Diskussionen aufeinander losgehen und dabei nicht bemerken, wie sie ideologisch instrumentalisiert werden. Beantworten wir lieber die Frage: Was nützt Familien? Und sorgen wir dafür, dass Politik entsprechend handelt.

Was belastet Familien heute?

Die Anforderungen, denen Familien gerecht werden sollen, steigen ständig. Arbeitgeber verlangen eine hohe Flexibilität und Mobilität von Arbeitnehmern. Die familiäre Situation kann nur in Ausnahmefällen und nicht beliebig oft vor einem Standortwechsel schützen. In den Fällen, in denen ein Unternehmenswechsel ansteht, weil sonst Arbeitslosigkeit droht, müssen sich alle anderen Überlegungen unterordnen. Vielen Familien brechen in der Folge die sozialen Netz-

werke weg. In unserer Gesellschaft trifft dies vor allem Frauen, die oft organisatorische Höchstleistungen vollbringen müssen. Die geforderte Flexibilität raubt Familien aber auch die Väter. Die „Entgrenzung der flexibilisierten Erwerbsarbeitszeit in die Familien“ hinein beschreibt den Zustand, wenn die Arbeitszeit die Freizeit/Familienzeit aufzufressen droht. Beispielsweise Computerarbeitsplätze, die das Arbeiten von zuhause möglich machen, sind einerseits eine feine Sache, werden aber dann zur Belastung, wenn die Arbeitszeit nie enden will.

Derzeit leben 2,5 Millionen Kinder in Deutschland in Armut. Diese Kinder zählen zur Hochrisikogruppe für einen weiteren gesellschaftlichen Abstieg. Aus dieser Gruppe rekrutieren sich häufig bildungsferne, gesundheitlich gefährdete, frustrierte und deshalb für Süchte und Kriminalität anfälligere Jugendliche mit niedrigem Selbstwertgefühl und mangelnder Empathie. Die gesellschaftlichen Kosten, die das weitere Abrutschen dieser Kinder und Jugendlichen verursacht, können wir uns nicht leisten. Das ist die eine Seite. Unser christlich geprägtes, humanes Menschenbild verpflichtet uns zur Installation von rechtzeitig greifenden Hilfe- und Präventionssystemen und zu größeren Anstrengungen im Bildungssektor.

Doch auch für viele Mittelstandsfamilien hat sich die Einkommens- bzw. die Ausgaben-situation deutlich verschlechtert. Denn schon mit der Entscheidung, Kinder zu bekommen, gehen junge Familien ein höheres Armutsrisiko ein als Kinderlose. Kinder an sich steigern das Armutsrisiko – welche Entwicklung!

Die Entscheidung beider Eltern, berufstätig zu sein, wird oft aus Not und/oder Verantwortung ihren Kindern gegenüber getroffen. Nur für eine Berufsgruppe ist es nahezu selbstverständlich, dass die Familie regelmäßig auch mittags gemeinsame Mahlzeiten planen kann; dass die Hausaufgabenbetreuung selbstverständlich zuhause gewährleistet wird – für Lehrkräfte. Die Arbeitsmöglichkeiten, die Schulen vor allem für Frauen bieten, findet man in der Wirtschaft nicht: sicher, weil verbeamtet, flexibel für Kinder, weil der Wiedereinstieg garantiert und mit niedriger Stundenbelastung möglich ist. Unter ähnlichen Arbeitsbedingungen könnten viele Mütter die schulischen Anforderungen sicher besser erfüllen. Schon mal einen Gedanken daran verschwendet?

Die „Rush hour of Life“

In der Zeit zwischen 25 und 40 Jahren schließen wir die Ausbildung ab, reihen Praktikum an Praktikum, sorgen uns um die berufliche Karriere, bauen soziale Netze auf, leben in einer Beziehung, gründen eine Familie, bauen ein Haus oder kaufen eine Ei-



Gabriele Weindel-Güdemann

gentumswohnung. Wir sollen gleichzeitig konsumieren, investieren, sparen, Alters- und Familienvorsorge betreiben, Geld in die Bildung unserer Kinder stecken, Hausaufgabenhilfe und Erziehungsarbeit leisten, uns und unsere Kinder medial bilden, weiterbilden, anleiten und Grenzen setzen aber gleichzeitig flexibel auf die Anforderungen des Arbeit gebenden Unternehmens eingehen, Urlaub für ein Lehrgespräch zu schulüblichen Zeiten nehmen und ehrenamtlich in Vereinen, Schulen und sonstigen Einrichtungen das Gemeinwesen unterstützen. Die Liste ließe sich sicher verlängern, ist jedoch bereits in dieser Form höchst beeindruckend. Wen wundert es, dass Familien an der Fülle der Anforderungen scheitern. Vor allem junge Eltern ohne Schulabschluss und/oder gute Ausbildung sind häufig überfordert. Wen wundert es, wenn junge, gut ausgebildete Paare sich gegen Kinder entscheiden...

Hilfesysteme für Familien von Anfang an

Es ist eine oft wiederholte und immer dringender werdende Forderung, dass höhere Investitionen in Bildung – in Inhalte und Qualität aber auch in Rahmenbedingungen – notwendig sind. Derzeit wird ein Großteil der Probleme einfach an die Familien weitergereicht. Familien sind häufig damit überfordert und brauchen Hilfesysteme – nicht nur unter dem Gesichtspunkt der demographischen Entwicklung, sondern als nachhaltige Problemlösungsstrategien. Hilfe benötigen im Übrigen nicht nur sog. „Risikofamilien“. Alle Familien werden auf ihrem langen Weg in der familiären Gemeinschaft mit den unterschiedlichsten Probleme-

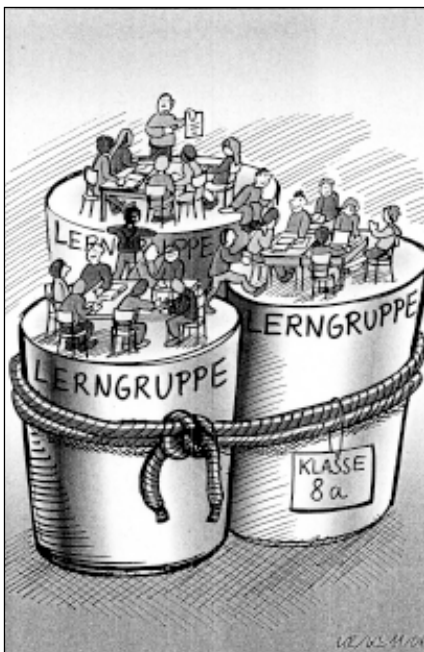
Ich bin der Meinung Komma dass

wir Eltern uns dagegen wehren sollten, dass zu viele Kinder in der Schule verloren gehen.

Aber warum wir Eltern, werden Sie fragen. Warum sollten wir dafür verantwortlich sein, dass sich Deutschland ein Schulsystem leistet, bei dem im Verlauf der Schulzeit so viele Schulversager und Lernschwache produziert werden, wie in kaum einem anderen zivilisierten Land. Ein Skandal ist das, werden sie sagen, aber was hat das mit uns zu tun. Wir Eltern wollen doch nur das Beste für unsere Kinder. Das deutsche Schulsystem, das haben nicht wir, sondern unsere Politiker zu verantworten.

Das stimmt zwar einerseits, ist aber gewissermaßen nur die halbe Wahrheit. Der andere, grausamere Teil ist, dass auch wir Eltern Verantwortung am hochselektiven deutschen Schulsystem tragen. Nach vier Jahren Grundschule möchten nämlich noch immer viel zu viele Eltern, dass Schluss ist mit dem gemeinsamen Lernen. Sie glauben fest daran, dass gleich und gleich sich besser gesellt. Spätestens jetzt wird es ihrer Meinung nach höchste Zeit, die Kinder in „lernhomogene und leistungsadäquate“ Schulen einzusortieren. Gerade so, als könne irgendjemand mit Treffsicherheit voraussagen, wie sich die Lust am Lernen und Wissen bei 10- oder 11-jährigen Kindern weiterentwickeln wird.

Egal, das Ziel ist klar umrissen. Nur der, der schnell und mit Bravour seine Schulzeit mit dem Abitur abschließt, der wird es später einmal zu etwas bringen in der globalisierten Welt von morgen. Und er wird dann besonders gut werden, wenn er mit Gleichgesinnten lernt.



Umso mehr verwundert es, dass Deutschland bei diesem Wettbewerb um die klügsten Köpfe nur einen der hinteren Plätze belegt. Während im Schuljahr 2005/2006 in Deutschland 43% eines Jahrgangs zur Studienreife geführt werden konnten, waren es im Durchschnitt der entwickelten Industrienationen knapp 60 %. Ganz zu schweigen von den Vorbildern Australien, Schweden und Finnland. Dort erhalten 8 von 10 Schülern ihr Abitur und sind somit fit für die Wissensgesellschaft.

Könnte es sein, dass uns unsere Lust am Aussortieren gar keine Vorteile bringt? Im Gegenteil. Vielleicht ist das selektive Schulsystem ja sogar ein wesentlicher Grund für unser Bildungsdesaster? In unseren „lernhomogenen“ Klassen wurde es nämlich jahrelang versäumt mit differenzierten Unterrichtsangeboten auf die heterogenen Interessen, Voraussetzungen und kulturellen Hintergründe der Schüler einzugehen. Frontalunterricht in großen Klassen mit artig und scheu dasitzenden Kindern, das mag im Nachkriegsdeutschland noch funktioniert haben. In einer individualisierten Gesellschaft mit vielfältigen Kultur- und Bildungsbiographien ist ein solcher Unterricht katastrophal. In Deutschland fehlen die Lehrer, die differenziert unterrichten können, und Schulen, die Vielfalt belohnen, anstatt sie zu behindern. Von den Besten lernen, heißt lange gemeinsam lernen. Es heißt Rücksicht nehmen auf die Eigenheiten der Kinder, auf ihren Lernspaß, ihre körperlichen und geistigen Besonderheiten. Davon profitieren nicht nur die Schulen, die sich bereits auf den Weg gemacht haben, sondern unsere ganze Gesellschaft. Kinder, die gelernt haben, sich gegenseitig zu helfen und Rücksicht zu nehmen auf Lernschwache wie Hochbegabte, sind auch ein Glück für ihren späteren Arbeitgeber.

Aber auch wir Eltern könnten von diesem Geiste einer neuen Gemeinsamkeit profitieren. Wenn wir erst einmal damit aufhören würden, die Hauptschüler als quasi naturgegebene Verlierer zu betrachten, dann bräuchten sich Realschulen nicht erregt gegen die Zusammenlegung mit Hauptschulen unter dem Dach der Realschule Plus zu wehren.

Länger gemeinsam lernen ist eine pädagogische Forderung, die manch einem Vertreter des Philologenverbandes den Angstschweiß auf die Stirn treiben mag. Sollte denn nicht wenigstens das deutsche Gymnasium so bleiben können, wie es sich in den zurückliegenden Jahren bewährt hat? Nein, denn auch hier ist die Lust am Aussortieren



Helmut Riedl ist der neue Sprecher des Redaktionsausschusses

noch lange nicht beendet. Ärgerlich, wenn es Eltern gibt, die ihre Kinder am Gymnasium anmelden, obwohl ihnen die Voraussetzungen für diese Schulform offenkundig fehlt. Aber solche Eltern sind die Ausnahme. Häufig wissen Lehrer, Eltern und Schüler selbst nicht genau, welche Schulform richtig passt. Dafür gibt es dann die gemeinsame Orientierungsstufe. Eigentlich könnte das eine Zeit des Aufbruchs sein, eine Zeit der Begeisterung, bei der sich die Schüler hineintasten in die Welt des eigenständigen Lernens und Anhäufens von Wissen. In Wirklichkeit ist es für viele Kinder eine Zeit der Angst. Sie wissen bereits um die schicksalhafte Entscheidung nach der 6. Klasse, wissen, dass einige von ihnen die Klassengemeinschaft wieder verlassen müssen. Gut, könnte man sagen, es ist nicht jeder fürs Gymnasium geeignet, irgendwann muss halt nun mal aussortiert werden. Viele Eltern akzeptieren diese Auslesepolitik in ihrem Innersten und arbeiten verbissen darauf hin, dass ihr Kind den Sprung in die 7.Klasse schafft, sich gewissermaßen das Bleiberecht am Gymnasium erkämpft.

Aber das Elend mit dem Aussortieren ist damit noch lange nicht zu Ende. Da sind ja noch die vielen Sitzenbleiber und Schulversager, die auch diese traditionsreiche Schulform noch auf dem Weg bis zum Abitur produziert. Eigentlich müssten die nach der Orientierungsstufe übernommenen Gymnasiasten fit genug sein, diese Schule bis zum Ende zu durchlaufen. Die „Schlechten“ wurden ja schon „aussortiert“. Dennoch bleiben jedes Jahr 2,5 % der Schüler an Gymnasien sitzen, an Realschulen sind es mehr als doppelt so viel. Bundesbildungsministerin Scha

Antworten auf häufig gestellte Fragen

van findet diese Zahlen zwar ebenfalls zu hoch, will den Lehrern aber dieses Sanktionsmittel nicht nehmen. „Es würde zum Autoritätsverfall der Lehrer beitragen.“ Was für ein pädagogisches Weltbild steckt hinter solch einem Satz. Als sei Sitzenbleiben eine geeignete Strafmaßnahme für unbotmäßiges Verhalten. Nein, was unsere Schüler brauchen, sind Lehrer, die sich für ihre Schüler engagieren. Die sie auch dann nicht fallen lassen, wenn persönliche oder familiäre Krisen die Lust am Lernen überlagern. Gerade in solchen Situationen ist Schule gefragt.

Was sollten wir Eltern also gegen das Ausortieren tun? Wie können wir dazu beitragen, unsere Schulen zu verbessern? Nun, zu allererst müssen wir mit dem Vorurteil aufräumen, dass „leistungshomogene Klassen“ auch bessere Leistungen hervorbringen!! Wir müssen der Freundin sagen, dass sie nicht über die hohe Zahl von Migrantenkinder in unserer Klasse jammern soll, sondern sich mit anderen Eltern zusammenschließen und sich dafür engagieren, dass zusätzliche, motivierte und gut ausgebildete Lehrer an die Schule kommen. Wir können es uns nicht mehr leisten, dass nur Marcel und Max das Abitur schaffen, während Ahmed und Samet auf der Hauptschule zurückbleiben. Länger gemeinsam Lernen in gemischten und leistungsstarken Klassenverbänden – das ist die Herausforderung für unser Bildungssystem. Und wir Eltern sollten uns davor hüten, das Spiel der Ausgrenzung mitzumachen. Heute ist es das Migrantenkind, morgen ist es unser eigener Sohn oder die eigene Tochter. Schlauer wird durch Selektion niemand. Das gilt meiner Meinung nach für alle Schulformen, also auch für die Gymnasien. Dort kann man es sich heute nicht mehr leisten, die heile Bildungsanstalt für Kinder aus besseren Kreisen sein zu wollen. Im Gegenteil. Ein zukunftsfähiges Gymnasium fördert seine Schüler unabhängig von sozialer Herkunft und dem Bildungshintergrund der Eltern. Dort unterrichten Lehrer, die ihre Schüler mit Neugier und Interesse beim Lernen begleiten und es als persönliche Niederlage ansehen, wenn ihnen ein Schüler verloren zu gehen droht, weil er den Schulstoff nicht versteht, den sie ihm aufbereitet haben. Auch in solchen Schulen werden nicht alle Kinder zu Nobelpreisträgern ausgebildet werden können, aber es werden mehr als heute sein.

Nicht den Bauer mit dem fetten, nährstoffreichen Boden gilt es zu bewundern, sondern den Gärtner, der auch auf kargem Acker jedes seiner Keimlinge zu einer stattlichen Pflanze heranzieht.

Helmut Ried

Kleine Klassen – große Klassen

Dass der Verpflichtung auf individuelle Förderung aus § 10 SchulG nachgekommen werden kann, können sich Eltern – zumal in der Grundschule – nur vorstellen, wenn die Klassen nicht zu groß sind. Wenn die Anmeldezahlen für das 1. Schuljahr auf Klassengrößen von 27 Schülerinnen und Schülern oder mehr hinauslaufen, senden Eltern Hilferufe an den LEB oder die Aufsichtsbehörde, weil sie ihren Kindern einen günstigen Start ins Schulleben wünschen. Auch wenn durch Verringerung der Schülerzahl das Zusammenlegen von Klassen einer Jahrgangsstufe droht, geraten die Eltern regelmäßig in Aufruhr. Sie führen schwierige Zusammensetzungen in der Klasse und das schlechte Abschneiden Deutschlands bei PISA an und erwarten, dass ihre einleuchtenden Argumente Gehör finden. Stattdessen müssen wir auf die geltende Klassenmesszahl von 30 verweisen und den Eltern die Hoffnung auf die Wirksamkeit ihrer wohlbegründeten Intervention rauben. Seitens des Bildungsministeriums wird angeführt, dass die Schulleistungsuntersuchungen keinen Einfluss der Klassengrößen ergeben haben. Die allgemeine Senkung der Klassenmesszahl wäre eine Verbesserung nach dem Gießkannenprinzip, so Ministerin Ahnen auf eine entsprechende Forderung des LEB. Sie befürwortet vielmehr gezielte Unterstützung da, wo es sich als notwendig erweise, wo also zusätzliche Lehrerwochenstunden zur Förderung von leistungsschwachen Schülerinnen und Schülern oder Kindern nicht deutscher Herkunftssprache beantragt würden.

Fortsetzung von Seite 7

men konfrontiert und brauchen früher oder später Unterstützung.

Lösungen zu den vielfältigen Problemlagen bietet nur eine Politik, die generationenübergreifend alle Handlungsfelder vernetzt. Familienpolitik darf deshalb nie isoliert betrachtet werden. Familien brauchen

- ein möglichst konsistentes System finanzieller Hilfen,
- ein gesellschaftlich positives Klima,
- Zeit und
- ein qualitativ und quantitativ solide ausgebauten System von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen für Kinder sowie ein Bildungs- und Beratungsangebot.

Wir empfehlen den Eltern in der Regel ausführliche Gespräche mit der Schulleitung. Bei großen Klassen ist die strukturelle Versorgung mit Lehrerwochenstunden nämlich etwas besser als bei kleinen Klassen, so dass der Schule Stunden für Fördermaßnahmen zur Verfügung stehen. Die Schulleitung kann den besorgten Eltern erläutern, wie diese Stunden zum Wohl der Kinder eingesetzt werden, etwa zur zeitweisen Halbierung der Klasse oder zur Doppelbesetzung in einem Teil der Unterrichtsstunden.

Dass es dennoch einen Unterschied macht, ob in einer Klasse 25 oder 30 Schülerinnen und Schüler unterrichtet werden, gesteht jetzt indirekt selbst das Bildungsministerium zu, wenn es in den Orientierungsstufen der Realschule plus wegen der größeren Heterogenität der Schülerschaft die Klassenmesszahl auf 25 gesenkt hat. In keiner anderen Schulart ist die Schülerschaft so heterogen wie in der Grundschule. So rechtfertigt sich durchaus die Forderung vieler Eltern nach Senkung der Klassenmesszahl auch in der Grundschule, zumal gerade jüngere Kinder zu Beginn der Schullaufbahn nachweislich von kleinen Lerngruppen profitieren.

In diesem Zusammenhang hier noch mal der Hinweis auf die Initiative „Kleine Klassen“, deren Email-Adresse wir leider in Ausgabe 4-2007 fehlerhaft abgedruckt hatten.

Info unter <http://kleine-klassen.net/>;
Kontakt : ute.brahm@gmx.de

Familien können am besten beurteilen, wie weit wir noch von diesen unterstützenden Bedingungen entfernt sind.

Gabriele Weindel-Güdemann

(Zum Weiterlesen auf der Homepage: <http://www.vivafamilia.de>;

Fachtagung: Anforderungen an eine zeitgemäße Familienpolitik in Rheinland-Pfalz, 06.12.2007;

Rede von Ministerin Malu Dreyer; Vortrag von Prof.

Stefan Sell, Vortrag von Dr. Barbara Thiessen; Russel Hochschule, Arlie: "When Work Becomes Home and

Home Becomes Work", New York 2001; Horx, Matthias:

„Wie wir leben werden – unsere Zukunft beginnt jetzt“, Frankfurt 2005; <http://www.gemeinsamleben-rheinlandpfalz.de/>)

Evaluation und Qualitätssicherung

Nach einer 18-monatigen Pilotphase hat die Agentur für Qualitätssicherung, Evaluation und Selbstständigkeit von Schulen (AQS) zu Beginn des Schuljahres 2007/08 mit den regulären Schulbesuchen im Rahmen der externen Evaluation begonnen. 161 Schulen wurden bereits evaluiert, 100 Berichte liegen vor oder sind in Arbeit. Dem Landeselternbeirat ist es ein Anliegen, die Eltern und Elternvertretungen über die Arbeit der AQS zu informieren, da sie ein wichtiger Partner bei der Evaluation sind.

LEB: Die AQS betreibt externe Evaluationen von Schulen in Rheinland-Pfalz. Was ist an der AQS extern?

PAUL PARDALL: Extern ist die Evaluation, weil sie nicht von der Schule selbst umgesetzt (Selbstevaluation) wird. Die Referentinnen und Referenten, die die Evaluation durchführen, kennen die Schule nicht. Sie betrachten die Schule also mit einem Blick von außen. Um diesen externen, unabhängigen Blick auch institutionell sicher zu stellen, wurde mit der AQS eine eigene Organisationseinheit in der ADD gegründet, die getrennt ist von Schulaufsicht und Ministerium.

LEB: „Evaluieren“ was ist das? Was genau macht die AQS?

PAUL PARDALL: Evaluieren kommt aus dem Lateinischen und bedeutet „bewerten“. Gerade im Bildungsbereich spielt die Evaluation als Mittel der Qualitätssicherung eine wichtige Rolle, um systematisch Prozesse und Ergebnisse zu beschreiben und zu analysieren. Allerdings bewertet die AQS nicht, sie beschreibt.

Für die externe Evaluation der AQS wurden unterschiedliche standardisierte Erhebungsmethoden entwickelt, die für alle Schulen gleichermaßen gelten. So finden schriftliche Befragungen von Eltern, Schülerinnen und sowie Lehrkräften statt. Für jede Gruppe wurden eigene Fragebögen entwickelt. Das AQS-Team führt Gespräche mit Elternvertretung, Schülervvertretung, Lehrkräften und Schulleitung. Bei ihrem Besuch in der Schule nehmen die Referentinnen und Referenten Einblick in zahlreiche Unterrichtssituationen, um sich zudem ein eigenes Bild zu machen. Als weitere Informationsquellen zur Beschreibung der schulischen Qualität werden das Qualitätsprogramm, schulstatistische Daten und Beobachtungsdaten aus dem Schulrundgang herangezogen. Auf der Basis dieser vielfältigen Informationen schreibt das AQS-Team einen Bericht, den die Schule erhält.

LEB: Befürchten Sie nicht, dass die Schulen der AQS einen Idealtag vorspielen, der das wirkliche Schulleben und den wirklichen Unterrichtsalltag gar nicht abbildet?

PAUL PARDALL: Zunächst brauchen die Schulen der AQS nichts vorzuspielen, weil die Ergebnisse der Evaluation nicht für die AQS, sondern für die Schulen wichtig sind.



AQS-MitarbeiterInnen im Gespräch mit LEB-Mitgliedern; v. l. n. r.: Gabriele Weindel-Güdemann, Friedhelm Zöllner, Astrid Becker, Patricia Erbedinger, Klaus Günter Süssmann, Ralf Quirbach

Es hilft einer Schule also wenig, wenn sie Ergebnisse bekommt, denen sie selbst nicht trauen kann.

Wir schätzen das Risiko einer Ergebnisverzerrung jedoch als relativ gering ein: Die Einblicknahmen in die Lehr- und Lernsituationen stellen nur eine von vielen Datenquellen dar. Nach unseren Erfahrungen relativieren sich „Showveranstaltungen“, sollten sie in Einzelfällen vorkommen. Dies geschieht einerseits durch die Vielzahl der Beobachtungen, denn wir besuchen 70% der Unterrichtseinheiten, und andererseits durch die Ergebnisse aus den Befragungen und den Gesprächen.

Gleichzeitig kann ja niemand komplett aus seiner Haut heraus. Wenn z.B. weder Schülerinnen und Schüler noch die Lehrkraft bisher eine andere Unterrichtsform als Frontalunterricht gewöhnt waren, werden sie dies auch am Tag des AQS-Besuchs schwerlich erfolgreich hinbekommen.

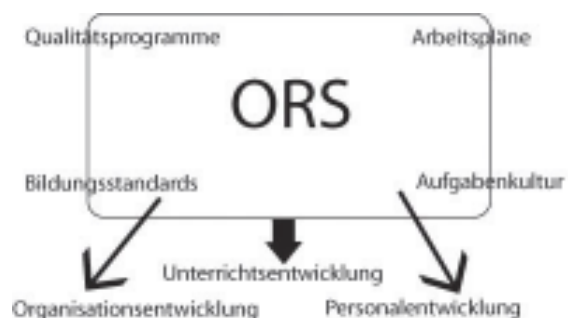
Schließlich spricht ja auch nichts dagegen, wenn der Unterricht besonders gut vorbereitet ist und allen Spaß macht; das kann ja auch Ansporn sein für die übrigen Schultage.

LEB: Gibt es Kriterien für die Beurteilung?

PAUL PARDALL: Für die Beschreibung schulischer Qualität gibt es einen Kriterienkatalog, den Orientierungsrahmen Schulqualität (ORS). Er beschreibt systematisch Merkmale und Kriterien, die sowohl in der Praxis wie auch in der Schulforschung als wesentliche Faktoren für gute Schule angesehen werden.

Im Mittelpunkt steht dabei die Unterrichtsqualität; aber auch Schulmanagement, Fortbildung, Kooperation und Partizipation sowie die Ergebnisse und Wirkungen schulischen Handelns sind wichtige Elemente, die im Orientierungsrahmen Berücksichtigung finden.

Der Orientierungsrahmen Schulqualität wurde zu Beginn des Schuljahres 2007/2008 allen rheinland-pfälzischen Schulen zugesandt. Er gilt seitdem als verbindliche Arbeitsgrundlage für alle, die sich in Rheinland-Pfalz mit Schulqualität beschäftigen. Interessierte finden das Dokument als



Download auf der AQS-Homepage (www.aqs.rlp.de).

LEB: Wie werden die Eltern und die Elternvertretung am Evaluationsverfahren beteiligt?

PAUL PARDALL: Die Eltern und Sorgeberechtigten sind ein wichtiger Partner bei der externen Evaluation, denn die AQS legt Wert auf die Einschätzung aller Personen und Gruppen, die Bestandteil der Schulgemeinschaft sind. Deshalb werden Eltern durch einen schriftlichen Fragebogen befragt. Mit

dem Schulelternbeirat führt das AQS-Team zusätzlich ein Gespräch, bei dem es insbesondere um Fragen zum Schulleben und zur Zusammenarbeit in der Schule geht. Bevor die Befragung durch die Schule beginnt, erhalten alle Eltern über die Schulleitung ein Informationsschreiben, das sie über die Zielsetzung und den Ablauf informiert. Zur Information aller Beteiligten kommt die AQS zu einem Vorbereitungsbesuch in die Schule. Im Rahmen einer Konferenz, zu der auch der Schulelternbeirat und die Schülervertretung eingeladen sind, wird das gesamte Verfahren vorgestellt.

LEB: Nehmen die Eltern die Gelegenheit wahr, ihre Einschätzung zu den Qualitätsfeldern abzugeben?

PAUL PARDALL: Unsere bisherigen Erfahrungen in Hinblick auf die Beteiligung der Eltern sind hervorragend. Obwohl die Teilnahme an der Befragung für die Eltern freiwillig ist, liegt die Beteiligung derzeit im Schnitt bei 73% über alle Schularten hinweg. Das spricht dafür, dass sich die Eltern sehr für die Qualität der Schule ihres Kindes interessieren. Aus persönlichen Rückmeldungen von Elternseite erhalten wir immer wieder Anerkennung und Lob dafür, dass ihre Meinung gefragt ist. Das ist für uns ein echter Ansporn.

LEB: Bekommen die Schulen Noten oder eine verbale Beurteilung?

PAUL PARDALL: Ganz bewusst gibt die AQS keine Noten. Die Schulen erhalten einen ausführlichen Bericht, der wesentliche Ergebnisse der Evaluation anhand von vielen Tabellen und grafischen Darstellungen beschreibt. Ein wesentlicher Bestandteil des Berichts ist der Perspektivenvergleich; d.h. die Aussagen von Schülerinnen und Schülern zu einer bestimmten Frage werden den Ergebnissen der Lehrer- und Elternbefragung zur gleichen Frage gegenübergestellt. Soweit dies möglich ist, werden die Auswertungen der Beobachtungen aus den Lehr- und Lernsituationen sowie den Gesprächen zur jeweiligen Fragestellung ebenfalls hinzugezogen.

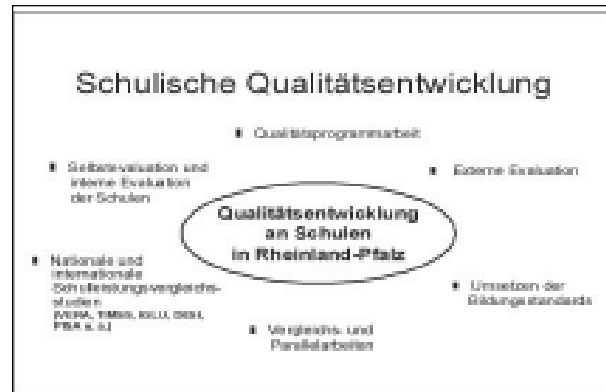
Auf diese Weise erhält die Schule ein sehr differenziertes Bild zu ihren schulischen und unterrichtlichen Prozessen.

Am Ende des Berichts findet sich eine kurze Zusammenfassung mit den wesentlichen Stärken und Entwicklungspotenzialen der Schule. Daran kann die Schule anknüpfen, wenn es darum geht, die Zielvereinbarungen mit der Schulaufsicht zu schließen.

LEB: Wie erfahren die Eltern und die Elternvertretung, was bei der Evaluation herausgekommen ist?

PAUL PARDALL: Die AQS kommt zu einem Rückmeldebesuch in die Schule, um den Bericht der Schulevaluation vorzustel-

len. Zu dieser Veranstaltung werden auch der Schulelternbeirat und die Schülervertretung eingeladen. Wir empfehlen der Schulleitung, die Veranstaltung als Gesamtkon-



ferenz zu gestalten, damit alle wesentlichen Personen und Gruppen über die Evaluation informiert sind.

Es ist ausdrücklich gewünscht, dass die Elternvertretung und die Eltern den Bericht kennen lernen. Deshalb erhält der Schulelternbeirat jeweils ein Exemplar des Berichtsentwurfs und des endgültigen Berichts. Der Schulelternbeirat sollte sich also eine Strategie überlegen, wie er seinerseits die Eltern in der Breite informieren kann, damit möglichst viele Eltern in die Weiterentwicklung der Schule eingebunden werden.

Zu beachten ist allerdings, dass der Bericht, der Eigentum der Schule ist, auch innerhalb der Schule verbleibt.

LEB: Schülerinnen und Schüler können sitzenbleiben oder einen Abschluss verfehlen. Welche Konsequenzen hat eine gute oder schlechte Beurteilung durch die AQS?

PAUL PARDALL: Unser Ziel ist nicht, schlechte Schulen an den Pranger zu stellen. Wir wollen, dass Schulen besser werden, dass sie selbst aktiv werden und sich eigene Entwicklungsziele setzen. Die AQS versteht sich als eine Einrichtung der Qualitätssicherung, die Schulen auf ihrem Weg zu mehr Qualität und Selbstständigkeit unterstützt, die Stärken und Entwicklungsbereiche benennt und Impulse gibt.

Deshalb hat sie keinen sanktionierenden Charakter. Wir gehen davon aus, dass mit der Einführung eines umfassenden Qualitätsmanagementsystems an Schulen, wie es durch die Einführung des Orientierungsrahmens Schulqualität, die externe Evaluation und die verbindlichen Zielvereinbarungen angelegt ist, die Qualitätsentwicklung an Schulen einen Schub nach vorne bekommt. Immerhin handelt es sich dabei um einen Meilenstein neben weiteren Qualität sichernden Elementen, wie die Einführung von Bildungsstandards, Vergleichsarbeiten und die Beteiligung an Leistungsstudien wie PISA und IGLU. Das ist ein großes Rad, das derzeit

im Bereich schulischer Qualitätsentwicklung gedreht wird. Dabei wollen wir möglichst Alle mitnehmen. Und dafür braucht man einen langen Atem und Vertrauen in die Schulen.

LEB: Welche Konsequenzen hat die externe Evaluation für schlechte Lehrer?

PAUL PARDALL: Die externe Evaluation nimmt die Schule als Ganzes, als System in den Blick. Sie bewertet nicht die Einzelleistung einer Lehrkraft. Es ist weder vorgesehen, noch ist es mit unserem Instrumentarium möglich, einzelne Lehrkräfte zu be-

urteilen. Der Bericht der AQS ersetzt nicht die Arbeit der schulischen Gremien und der Schulleitung in Fragen des Schulmanagements und der Schulführung. Die Verantwortung dafür, welche Konsequenzen aus den Ergebnissen gezogen werden, bleibt bei den Personen und Gruppen, die Schule vor Ort gestalten und verantworten.

LEB: Die AQS versteht sich als Serviceagentur, die Schulen ihr Spiegelbild vorhält. Es soll eine Hilfe bei der Erhöhung der Qualität sein. Werden Sie an allen Schulen mit offenen Armen empfangen?

PAUL PARDALL: Es ist wie überall im Leben. Manche Schulen sagen: „Gut, dass ihr endlich kommt!“ Bei jeder Besuchsplanung haben wir etwa 10 Prozent Schulen, die sich freiwillig für die Evaluation melden. Und ebenso gibt es Schulen, bei denen wir auf Skepsis und Ressentiments stoßen. Viele Vorbehalte lassen sich abbauen, wenn wir ausführlich über unsere Zielsetzung und die Verfahren informieren. Manche bleiben.

Sehr hilfreich sind die Pilotschulen und Schulen, die bereits von uns evaluiert wurden und ihrerseits aufklärend und unterstützend wirken. Was uns auch hilft, ist die positive Resonanz, die wir in gesellschaftlichen Bereichen wie der Wirtschaft oder den Medien finden.

LEB: Mit welchen Widerständen hat die AQS zu kämpfen?

PAUL PARDALL: Eines unserer größten Probleme ist die fehlende bzw. falsche Information. So geistert immer noch die Mär durch manches Lehrerzimmer, unsere Einblicknahmen in die Lehr- und Lernsituationen hätten Einfluss auf die Beurteilung von Lehrkräften. Bei Lehrkräften erleben wir oft Zweifel, dass die Schülerinnen und Schüler

die Fragen, die wir ihnen stellen, ernsthaft beantworten könnten oder wollten. Dabei sind die Fragen getestet und sie funktionieren bei allen Schülergruppen.

Viele Schulen sind im Umgang mit empirischen Daten ungeübt, da werden schon mal statische Befragungsergebnisse angezweifelt. Deshalb legen unsere AQS-Teams sehr großen Wert auf eine sorgfältige Einführung in den Ergebnisbericht und wie bestimmte Daten zu verstehen sind.

Manchmal haben Schulen auch einfach Angst, mit den Ergebnissen alleingelassen zu werden. Deshalb gibt es ja jetzt eine zentrale Kontakt- und Beratungsstelle beim IFB in Speyer, um die Schulen bei der Umsetzung von Zielvereinbarungen und Maßnahmen zu unterstützen.

Wichtig ist, dass die Schule für sich eine Perspektive sieht, die Ergebnisse der Evaluation auch umzusetzen.

LEB: Die Fragebögen der Schülerinnen und Schüler enthalten Fragen nach Schulabschluss, beruflicher Ausbildung und Beruf der Eltern sowie nach der häuslichen Ausstattung. Sind solche Fragen statthaft? Wird hier nicht der Datenschutz verletzt?

PAUL PARDALL: Wir haben in Abstimmung mit dem Landesdatenschutzbeauftragten Fragen aus den PISA-Fragebögen übernommen. Diese Fragen beziehen sich auf Bildungsstand und die soziale Situation der Familie. Die Ergebnisse von PISA haben ja gezeigt, dass in Deutschland der Bildungserfolg der Kinder ganz eng an den sozialen Status der Familien gekoppelt ist. Die Fragen zum sozio-ökonomischen Situation aus dem AQS-Fragebogen werden nicht auf der Ebene der Einzelschule ausgewertet, sondern dienen vielmehr dazu, auf Landesebene konkrete Erkenntnisse zu gewinnen, wie Schulen den gesetzlich verankerten Anspruch auf individuelle Förderung unabhängig vom sozialen Status der Kinder und Jugendlichen angemessen umsetzen können. Die Fragen sind also in jedem Falle statthaft und verletzen keinesfalls den Datenschutz.

Selbstverständlich wird die Anonymität durch das gewählte Verfahren, sowohl bei der Online-Befragung der Schülerinnen und Schüler, wie auch bei der Befragung der Eltern auf Papierbögen gewahrt. Auch dies wurde vom Landesdatenschutz geprüft und für rechtens bewertet.

LEB: Was wünschen sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der AQS für ihre Arbeit?

PAUL PARDALL: Diese Frage freut uns besonders. Wir wünschen uns aufgeschlossene und neugierige Menschen, wenn wir in die Schule kommen. Wir wünschen uns Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Eltern, die offen sind, ihre Schule auch einmal aus dem Blickwinkel der anderen Beteiligten zu sehen. Wir wünschen uns engagierte und kooperative Schulgemeinschaften, die bereits sind, sich auf Neues einzulassen.

Vor allem aber wünschen wir uns ein Stück Gelassenheit im Umgang miteinander und im Umgang mit der Rückmeldung, die wir geben. So können alle voneinander lernen.

Paul Pardall ist Leiter der Agentur für Qualitätssicherung, Evaluation und Selbstständigkeit von Schulen. Die Fragen von Marie-Charlotte Opper-Scholz hat er schriftlich beantwortet.

Finanzielle Förderung von schuleigenen Elternfortbildungsangeboten

Verbesserung der Kommunikation zwischen Elternhaus und Schule

Auch im Jahr 2008 besteht die Möglichkeit, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel Schulen bei der Organisation der schuleigenen Fortbildungsangebote mit einem Zuwendungsbetrag (etwa als Anteil für Kosten eines Referenten oder einer Referentin) finanziell zu fördern, sofern folgende Voraussetzungen erfüllt werden:

- Ziel der Veranstaltung: Verbesserung der Kommunikation zwischen Schule und Eltern
- Gemeinsame Planung durch Lehrkräfte und Eltern
- Sicherung der Nachhaltigkeit

Anfragen nach finanzieller Unterstützung können mit einer Kurzbeschreibung des Projekts und Angaben zur Kostenkalkulation an die Koordinationsstelle für Elternarbeit im MBWJK gerichtet werden:

Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur
Koordinationsstelle für Elternarbeit
Mittlere Bleiche 61
55116 Mainz
E-Mail: elternarbeit@mbwjk.rlp.de

Ein Vordruck zur Beschreibung des Projekts mit gleichzeitiger Kostenkalkulation kann über das Elternportal <http://eltern.bildung-rlp.de> unter dem Button „Schuleigene Elternfortbildungsveranstaltungen“ heruntergeladen werden.

Für Schulen, die gerne eine Fortbildungsveranstaltung durchführen möchten, aber noch Hilfe bei der Vermittlung geeigneter Referentinnen und Referenten benötigen, kann bei der Koordinationsstelle für Elternarbeit eine Liste möglicher Moderatorinnen und Moderatoren angefordert werden.

Unter dem Stichwort „Best – Practice - Beispiele“ sollen Beschreibungen erfolgreicher Fortbildungskurse von Schulen zusammengestellt werden, die anderen Schulen möglicherweise als Anregung dienen könnten. Falls Sie Dokumentationen über geeignete Fortbildungsprojekte haben, die sich für eine Veröffentlichung auf der Homepage eignen, senden Sie diese bitte an die Koordinationsstelle für Elternarbeit.

Gewaltprävention

Für Fortbildungsveranstaltungen im Bereich der Gewaltprävention könnte eine Förderung aus Mitteln der Abteilung 3 des Bildungsministeriums in Betracht kommen. Entsprechende Anfragen sind ebenfalls mit einer Kurzbeschreibung des Projekts und Angaben zur Kostenkalkulation an folgende Adresse zu richten:

Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur
Referat 9323
Herr Frank Schnadthorst
Mittlere Bleiche 61
55116 Mainz
E-Mail: Frank.Schnadthorst@mbwjk.rlp.de

Medienkompetenz

Schulen, die Elternabende zur Förderung der Medienkompetenz anbieten möchten, können eine finanzielle Unterstützung aus Mitteln des 10-Punkte-Programms der Landesregierung „Medienkompetenz macht Schule“ erhalten. Hinweise zu Themen und Verfahren finden Sie unter <http://eltern.medienkompetenz.rlp.de>

Junge Vorbilder

Mentoring mit Migrationshintergrund

Auf dem Esstisch liegen Schulhefte Mathe-Buch und Taschenrechner, dazwischen Kaffeebecher und Baklava, eine türkische Süßspeise. Sakire zeigt Canel Lösungswege für quadratische Ergänzungen. Seit zwei Monaten lernt die Gesamtschülerin mit der 26-jährigen Studentin Sakire für ihren Realschulabschluss.

Kennengelernt haben sich die Töchter türkischer Einwanderer durch das Projekt „Junge Vorbilder“ des Hamburger Vereins Verikom.

„verikom“ steht für „Verbund für Interkulturelle Kommunikation und Bildung“ und ist ein gemeinnütziger Verein mit Einrichtungen und Angeboten an insgesamt sechs Standorten in Hamburg. verikom (www.verikom.de)

- setzt sich für die rechtliche, politische und soziale Gleichberechtigung von MigrantInnen in Hamburg ein
- fördert die gesellschaftliche Partizipation von MigrantInnen
- tritt öffentlich ein gegen sexistische und rassistische Diskriminierung
- bietet MigrantInnen Beratung und Qualifizierung
- unterstützt Selbstorganisation und Vernetzung im Stadtteil

„Junge Vorbilder“ ist ein Mentoring-Projekt für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund der 9. bis 11. Klassen. Es richtet sich besonders an SchülerInnen, die nicht nur einen guten Haupt- oder Realschulabschluss anstreben, sondern auf eine weiterführende Schule bzw. in die Oberstufe wechseln und Abi oder Fachabi machen möchten.

Mentoring kommt ursprünglich aus den amerikanischen Universitäten, wo ältere Studierende die Erstsemester unter ihre Fittiche nehmen und von ihren eigenen Erfahrungen profitieren lassen. Die Mentorinnen und Mentoren beim Projekt „Junge Vorbilder“ sind in der Regel Studierende an Hamburger Hochschulen und haben alle selbst einen Migrationshintergrund. Sie sind für die SchülerInnen (Mentees) „ErfahrungsexpertInnen“, die ihnen Strategien und Tipps für das erfolgreiche Bestehen im Schulsystem vermitteln können.

„Junge Vorbilder“ bedeutet für die Mentees Einzelförderung, die allerdings mehr zu bieten hat als „klassische Nachhilfe“. Bei vielen SchülerInnen sind es gar nicht vorrangig die mangelnden Fachkenntnisse in Mathematik, Englisch oder Deutsch, die dem Schulerfolg entgegenstehen, sondern mangelndes Selbstbewusstsein, fehlende Motivation oder auch Zukunftsängste, die nicht selten eine Abwärts Spirale in Gang setzen. Mentoring kann mit drei verschiedenen Arten der Begleitung die Richtung der Spiralbewegung umdrehen:

- durch sozial-emotionale Begleitung
- durch Nachhilfe
- durch Orientierung im Hinblick auf die weitere Schullaufbahn und berufliche Perspektiven

Das Mentoring findet in der Regel als 1:1-Betreuung bei den Mentees zuhause statt, aber auch kleine Gruppen von bis zu drei Mentees sind möglich. Da die MentorInnen wenn möglich denselben Migrationshintergrund wie ihre Mentees haben, profitieren von ihren interkulturellen und sprachlichen Kompetenzen nicht nur die Mentees, sondern auch die Eltern, die durch die MentorInnen wichtige Ansprechpartner gewinnen.

Das Projekt setzt ganz klar auf die unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund vorhandenen Potenziale und Kompetenzen. Dadurch setzt es auch einen Akzent gegen den in Bildungsdebatten vorherrschenden „Katastrophendiskurs“, wenn

es um Integration und Bildung geht.

Canel hat Sakire als Mentorin ausgesucht, weil die Informatikingenieurswesen im elften Semester studiert. Die Realschülerin träumt davon, eine Ausbildung zur Webdesignerin zu beginnen. Allerdings kann sie sich nun auch vorstellen, im nächsten Jahr die gymnasiale Oberstufe zu besuchen.

Nachhilfemarkt boomt und stellt der Schule schlechtes Zeugnis aus

Die Lernindustrie nach Schulschluss ist ein lukrativer Dienstleistungsmarkt geworden, hunderttausende Schüler sollen bundesweit professionelle Nachhilfe erhalten, für Rheinland-Pfalz sind mir leider keine Zahlen bekannt. Eines ist jedoch sicher: Alle Eltern, die diese Zeitung lesen, nehmen für ihr eigenes Kind entweder diese Hilfe in Anspruch oder kennen zumindest ein anderes Kind, das eine solche außerschulische Unterstützung benötigt.

Gibt man beim Internetsuchdienst Google das Stichwort „Nachhilfe“ ein, erscheinen über 3,6 Mio. Einträge. Der Oberhammer wurde Mitte Februar bekannt, als die technische Universität Chemnitz verlauten ließ, dass sie zum kommenden Wintersemester das deutschlandweit erste universitäre Weiterbildungsangebot in diesem Bereich startet. „Integrative Lerntherapie – Ressourcenmanagement für Lern- und Entwicklungsförderung im Kindes- und Jugendalter“ heißt der neue Masterstudiengang. Die Uni-Pressestelle erklärt dazu, dass das „Studium sich auf die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen mit Lern- und Leistungsschwierigkeiten fokussieren soll“. Klasse, kann ich da nur erwidern, nun erhält der außerschulische Reparaturbetrieb sogar noch einen akademischen Grad!

Fakt ist doch, wenn dieser Markt boomt, läuft in der Bildungspolitik etwas verkehrt. Es ist Aufgabe der Lehrer, die Kinder zu unterrichten, ihnen Wissen zu vermitteln, sie mit Kompetenzen auszustatten. Dies darf nicht auf die Eltern – und wenn diese es nicht persönlich können, auf deren Geldbeutel – abgewälzt werden! Und klar ist auch, dass nicht mehr nur die „notorischen Faulenzer“ oder an der falschen Schulart angemeldeten Kinder der Nachhilfe bedürfen. Allzu häufig wird „im Schweinsgalopp durch den Lehrplan gehechelt“, auf Nachfragen der Schüler gar nicht oder nicht ausreichend eingegangen. Nachgearbeitet wird dann nachmittags oder am Wochenende. Es ist übrigens mehr als eine Mär, dass es etliche Lehrer gibt, die vormittags in der Schule unterrichten, manchmal auch über ihren ach so stressigen Job klagen, aber nachmittags topfit sind, wenn sie ihr Wissen Privatschülern vermitteln – zu gesalzenen Preisen versteht sich!

Jede Schülerin und jeder Schüler hat nach dem Schulgesetz unseres Landes einen Anspruch auf individuelle Förderung. Es wäre schön, wenn Eltern und Schüler die Umsetzung und Anwendung dieses Paragraphen endlich einmal erleben könnten. Dieses Eingehen auf die individuellen Bedürfnisse der Kinder ist im Übrigen auch mit größeren Klassen durchaus möglich, jedenfalls dann, wenn nicht überwiegend der Frontalunterricht praktiziert wird.

Den Verantwortlichen im Bildungsministerium müssten eigentlich die Ohren klingeln, angesichts der steigenden Zahl nachhilfebedürftiger Schüler. Auch wenn in Mainz solche Zahlen nicht bekannt sind, wer übers Land fährt, mit Eltern spricht, erlebt die Realität.

Der Landeselternbeirat wird darauf drängen, dass der o. g. Paragraph 10 des Landesschulgesetzes endlich mehr sein wird als eine wohlfeile Formulierung in einem drögen Gesetzeswerk.

Ralf Quirbach

Gesetz zur Änderung der Schulstruktur

Zur Umsetzung der Strukturreform wurde eine Änderung des rheinlandpfälzischen Schulgesetzes notwendig. Der Landeselternbeirat nimmt dazu Stellung. Er begrüßt die insgesamt notwendigen und wichtigen Reformansätze bedauert aber, dass die vorgelegte Gesetzesänderung nicht konsequent genug den Weg des länger gemeinsam Lernens ebnet. Die längst überfällige Demokratisierung unserer Schulen sowie die deutlichere Berufsorientierung aller Schularten sind weitere wichtige Punkte des Papiers. Lesen Sie den kompletten Wortlaut hier:

Der Landeselternbeirat begrüßt die Initiative der Landesregierung zur Schulstrukturreform, insbesondere die mit ihr verknüpften Ziele von mehr Chancengleichheit, mehr Durchlässigkeit und besseren Perspektiven für alle Schülerinnen und Schüler. Letztendlich bleibt die Reform jedoch in zu vielen Bereichen in Ansätzen stecken und lässt wichtige Fragen, wie beispielsweise die Ausgestaltung der Fachoberschule bei der Realschule plus, ungeklärt.

Nach ausführlicher Diskussion des Gesetzesentwurfs im Einzelnen gibt er folgende detaillierte Stellungnahme ab:

1. Der Landeselternbeirat hält längeres gemeinsames Lernen für einen wesentlichen Faktor bei der Herstellung von mehr Chancengleichheit. Durch die Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen zu Realschulen plus wird hier ein erster Schritt in die richtige Richtung gegangen. Dieser geht dem LEB jedoch nicht weit genug.

Wir fordern deshalb ein gemeinsames Lernen von allen Schülerinnen und Schülern, also auch der gymnasialen bis zur 6. Klasse. Dies kann eine 6-jährige Grundschule sein oder eine gemeinsame Orientierungsstufe von Realschule plus und Gymnasium. Eine Schullaufbahnentscheidung im Alter von 10 Jahren ist international eine Ausnahme und nicht nur aus unserer Sicht zu früh. Sie benachteiligt insbesondere Kinder aus bildungsfernen Schichten und jene mit Migrationshintergrund, mit den bekannten Folgen.

2. Die Klassenmesszahl in Grundschulen und Orientierungsstufen soll bei 25 liegen. Insbesondere zu Beginn der Schullaufbahn und in heterogenen Lerngruppen sind kleine Klassen wichtig.
3. Die Abschaffung der Hauptschule einerseits und die Beibehaltung eines Hauptschulbildungsganges in der Kooperativen Realschule plus ist für den LEB mehr als halberzogen. So sehr der LEB die Vorteile von freiwilligen Reformschritten schätzt, so befürchtet er, dass auf dieser freiwilligen Basis die allermeisten Realschulen die kooperative Form vorziehen werden, mit der fatalen Folge, dass ab der 7. Klasse ein Teil der Schülerschaft wieder ausgesondert wird. Daher fordern wir die Realschule plus nur in der integrativen Form vorzusehen.

4. Das Projekt „Keiner ohne Abschluss“ als Schulversuch zu erproben, halten wir für richtig. Sollte mit dieser Maßnahme die angestrebte Halbierung der Schulabbrecherquote erreicht werden, befürworten wir seine flächendeckende Realisierung.

5. Die Vorbereitung auf den beruflichen Einstieg soll an allen Schulen – auch den Gymnasien – eine noch deutlichere Gewichtung erhalten. Diese Wertigkeit soll in den Lehrplänen ihren Niederschlag finden.

6. Bei der Schülerbeförderung halten wir die Behandlung der Realschule plus als Regelschule, für die Eltern im Beförderungsfall keinen Eigenanteil bezahlen müssen, für angemessen.

- Konsequenterweise sollten auch Integrierte Gesamtschulen und gemeinsame Orientierungsstufen, wie wir sie bereits in Punkt 2 gefordert haben, in den Genuss dieser Regelung kommen.

- Zur Entlastung der Schulträger soll die Finanzierung der Schülerbeförderung nach dem Wohnortprinzip geregelt werden.

- Die Mittelzuweisung des Landes an die Schulträger muss besser kontrolliert werden mit dem Ziel, dass die Schülerbeförderung kindgerechter wird.

7. Für pädagogisch und wirtschaftlich problematisch halten wir Zwergschulen (vgl. Änderung § 10 Abs. 2 und § 13 Abs. 1). Wir befürworten organisatorisch sinnvolle und wirtschaftliche Einheiten im Sinne gleichmäßiger Verteilung vorhandener Ressourcen, wie Kostenträger dies auf der Ebene von Kindertagesstätten bereits realisieren. Es ist nicht hinnehmbar, dass durchschnittlich akzeptable Klassengrößen nur rein rechnerisch entstehen, weil ganz großen Klassen auf der einen Seite winzige auf der anderen gegenüberstehen. Statt Grundschulen mit mehreren Standorten fordern wir eigenständige Schulen mit eigener Schulleitung und eigener Lehrerversorgung. Der Transport von GrundschülerInnen muss selbstverständlich kindgerecht sein und darf 30 Minuten nicht überschreiten.

8. Positiv bewerten wir die Aufnahme von zu treffenden Zielvereinbarungen in § 23 im Sinne von mehr Selbstständigkeit von Schulen, auch wenn für uns noch nicht ersichtlich ist, wie Schulen unter den Voraussetzungen der knappen Ressourcen und des hohen Lehrerwochenstun-

dendefizits in die Lage versetzt werden sollen, diese Zielvereinbarungen zu erfüllen.

9. Insgesamt halten wir die vorliegende Neuregelung jedoch für eine verpasste Chance, weil die Selbstständigkeit der Schulen nicht nachhaltig organisiert wird. Verpflichtend qualifizierte Schulleitungen mit Kompetenzen in Personalführung und Ressourcen-Management können zeitlich begrenzt stärker persönliche Verantwortung für die Bildungsergebnisse vor Ort übernehmen und Schulen zielorientierter und effizienter führen.
10. Nicht nachvollziehen können wir die Bewertung im Zusammenhang mit der Einschätzung der Kosten der Schulstrukturänderung im Text zur „Begründung“ auf Seite 7: Hier wird von besonderen Entlastungen gesprochen, die sich aus dem Rückgang der Schülerzahlen ergeben.

Aus Sicht des Landeselternbeirats muss der Rückgang der Schülerzahlen als Chance für eine Verbesserung der schulischen Rahmenbedingungen begriffen werden: nämlich eine bessere Unterrichtsversorgung, kleinere Klassen und die Umsetzung der gesetzlich festgeschriebenen aber überfälligen individuellen Förderung.

11. Die Erweiterung der Anhörungstatbestände für den LEB auf die Grundsätze der Qualitätsarbeit an den Schulen begrüßen wir. Auch mit den Anpassungen der Errichtungsvorschriften für REBS und LEB in den §§ 44 und 46 sind wir einverstanden.

12. Insgesamt fordert der LEB dringend die Demokratisierung der Schulen weiter voranzutreiben. Hierzu bedarf es

- einer Stärkung des Schulausschusses, der bei allen wichtigen Entscheidungen angehört werden soll,
- der Gewährung des Stimmrechts für Eltern- und Schülervertretungen in Konferenzen
- einer intensiven und kontrollierten Umsetzung des § 90 SchulG. In den Landkreisen und kreisfreien Städten sollen GEWÄHLTE ElternvertreterInnen in angemessener und gewichteter Verteilung berufen werden. Die Vorschlagswahl zur Berufung obliegt den beteiligten Schulen.

Vorankündigung

Landeselterntag 2008

am Samstag, den 08. November 2008
von 9:00 Uhr bis 17:00 Uhr
in der Georg-Forster-Gesamtschule
Humboldt-Str. 1; 55 286 Wörrstadt

Leistungsbewertungen im Bildungssystem

vormittags: Referat und Diskussion mit Ministerin Doris Ahnen

nachmittags: Foren zu verschiedenen Themen

Eingeladen sind alle Eltern und an Schule Interessierte!



Termine

Koblenzer Elternuniversität

Mittwoch, 11. Juni 2008
von 9:00 bis 17:00 Uhr
Universität in Koblenz

Mit Kindern gemeinsam Lösungen erfinden
Eine Herausforderung für Familien und Schulen

Veranstalter: Prof. Dr. Reinhard Voß, Institut für Pädagogik

Ben Furman, Gründer und stellvertretender Direktor des Helsinki Kurzzeittherapie-Instituts, charismatischer Redner und ein überaus produktiver Autor, dessen Bücher weltweit übersetzt wurden, stellt nach seinem Vortrag zum Tagungsthema ein 15-Schritte-Programm für Eltern, Lehrer, Erzieher und Therapeuten (Fallbeispiele mit Videosequenzen) vor und führt Übungen und praktische Anwendungen durch. Abschließend ist Gelegenheit für den Erfahrungsaustausch von Schulleiterngruppen.

Detailliertes Programm mit Literaturhinweisen und Anmeldeformular unter
<http://elternuni.uni-koblenz.de>

Erweiterung der Elternfortbildung

Block 4: Das Lehrer-Schüler-Eltern-Gespräch
und
Vertiefungskurs: Eltern erproben das LSEG

Am 16.08. (Grund- und Förderschulen) und am 23.08. (weiterführende Schulen) bietet das IFB gemeinsam mit dem LEB, unterstützt vom MBWJK landesweit den Block 4 der Elternfortbildung an: das Lehrer-Schüler-Eltern-Gespräch. Eltern werden über das Konzept informiert und sollen in Arbeitsgruppen mit Unterstützung der Referenten (Schulpsychologischer Dienst, ADD, Schulleitung und erfahrenen Elternvertretern) ein Gefühl für diese an Schulen ungewohnte Art der Kommunikation erhalten. Dabei wird ein Schwerpunkt sein, wie das LSEG an der eigenen Schule umgesetzt werden kann. Der Umgang mit organisatorischen Innovationswiderständen, die Eltern auch in anderen Zusammenhängen begegnen können, wird anhand dieses Beispiels veranschaulicht werden.

Da die Termine für den Block 4 kurz nach den Sommerferien liegen, bitten wir interessierte Eltern sich bis zum Beginn der Ferien beim IFB verbindlich anzumelden. (Die Anmeldemodalitäten finden Sie auf der Rückseite)

Für Schulen, die sich bereits ernsthaft mit dem Konzept des LSEG auseinandergesetzt haben, soll es ein zusätzliches Angebot geben. Sie erhalten Anfang November die Gelegenheit das LSEG mit Schulteams – SchülerInnen, Lehrkräften und Eltern - begleitet von Referenten aus den o.g. Bereichen zu erproben. Dieses Projekt ist derzeit in Planung. Es wird landesweit eingeladen und am IFB Standort Speyer durchgeführt werden.

Gabriele Weindel-Güdemann

Elternfortbildung 2008



Block 4

Anregungen für das Lehrer-Schüler-Eltern-Gespräch – Vorbereitungshilfe an Hand des Leitfadens

Das Tagesseminar beschäftigt sich anhand des Leitfadens intensiv mit dem Konzept des Lehrer-Schüler-Eltern-Gesprächs. Die Unterschiede zu herkömmlichen Gesprächen werden verdeutlicht und seine Vor- und Nachteile erarbeitet. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der prozessorientierten Umsetzung an der eigenen Schule. Exemplarisch soll erläutert werden, wie Eltern mit organisatorisch bedingten Innovationshemmnissen umgehen können.

Teilnehmerkreis: Grundschulen/Förderschulen

16.August.2008	Speyer	IFB-Nr. 824 3001 01
16.August.2008	Boppard	IFB-Nr. 824 3001 02
16.August.2008	Saarburg	IFB-Nr. 824 3001 03

Teilnehmerkreis: Weiterführende Schulen

23.August.2008	Speyer	IFB-Nr. 824 3002 01
23.August.2008	Boppard	IFB-Nr. 824 3002 02
23.August.2008	Saarburg	IFB-Nr. 824 3002 03

Lehrer-Schüler-Eltern-Gespräche - Vertiefung für Schulteams

Elternvertretungen, Schülervertretungen, Schulleitungen, Lehrerinnen und Lehrer bereiten sich hier konkret auf die Einführung des Lehrer-Schüler-Eltern-Gesprächs an ihrer Schule vor.

Teilnehmerkreis: alle Schularten

landesweit in Speyer, Termin steht noch nicht fest
IFB-Nr. 824 3003 01

Block 1

Rechte und Pflichten von Eltern und Elternvertretungen/Formen der Elternarbeit

Eltern werden in diesem Kurs grundsätzlich über ihre Rechte und Pflichten in der Schule informiert. Die Strukturen der Elternarbeit in Rheinland-Pfalz werden vorgestellt und erläutert. Elternvertreterinnen und -vertreter erfahren Grundsätzliches über die Arbeit von Klassenelternsprecherinnen und Klassenelternsprechern sowie des Schulelternbeirats. Sie erhalten Tipps im Umgang mit Schulen, zur Organisation und Gestaltung von Elternabenden und Schulelternbeiratssitzungen u. v. m. Praxisnahe Beispiele helfen, Fragen zu klären und geben Anregungen für die tägliche Arbeit in der eigenen Schule.

Teilnehmerkreis: Grundschulen/Förderschulen

22. November 2008	Saarburg	IFB-Nr. 824 3001 04
22. November 2008	Boppard	IFB-Nr. 824 3001 05
22. November 2008	Speyer	IFB-Nr. 824 3001 06

Teilnehmerkreis: Weiterführende Schulen

29. November 2008	Saarburg	IFB-Nr. 824 3002 04
29. November 2008	Boppard	IFB-Nr. 824 3002 05
29. November 2008	Speyer	IFB-Nr. 824 3002 06

Leitung der Veranstaltungen

Ein Expertenteam führt durch die Veranstaltungen. Jeweils eine Schulpsychologin oder ein Schulpsychologe des IFB, eine Vertreterin oder ein Vertreter der ADD (Schulaufsicht), eine Schulleiterin oder ein Schulleiter sowie eine erfahrene Elternvertreterin oder ein Elternvertreter (Regionalelternbeirat oder Landeselternbeirat) bringen die unterschiedlichen Sichtweisen der schulischen Professionen ein und stehen den Eltern als Ansprechpartner zur Verfügung. Der Austausch von Eltern untereinander motiviert und regt zur lokalen Netzwerkbildung an.

Mögliche Anmeldeverfahren:

- Per Fax: 06232-659-120
- Per Post: IFB Speyer, Postfach 1680, 67326 Speyer
- Per Telefon: 06581-9167-10; (IFB Saarburg, Andrea Pogrzeba)
- Per Email: andrea.pogrzeba@ifb.bildung-rp.de

Die Fortbildungsveranstaltungen dauern von 09:30 Uhr bis 16:00 Uhr. Nähere Informationen zur Elternfortbildung sowie den Anmeldebogen mit genauen Terminen und Veranstaltungsorten finden Sie auf den Homepages

- des MBWJK: <http://eltern.bildung-rp.de>
- des LEB: <http://leb.bildung-rp.de> und
- des IFB: <http://ifb.bildung-rp.de>

Das Programm sowie ein Einladungsschreiben geht den Teilnehmerinnen und Teilnehmern etwa 14 Tage vor Veranstaltungsbeginn zu. Bitte beachten Sie, dass weder Fahrt- noch Verpflegungskosten übernommen werden. Die Fortbildungen selbst sind kostenfrei.